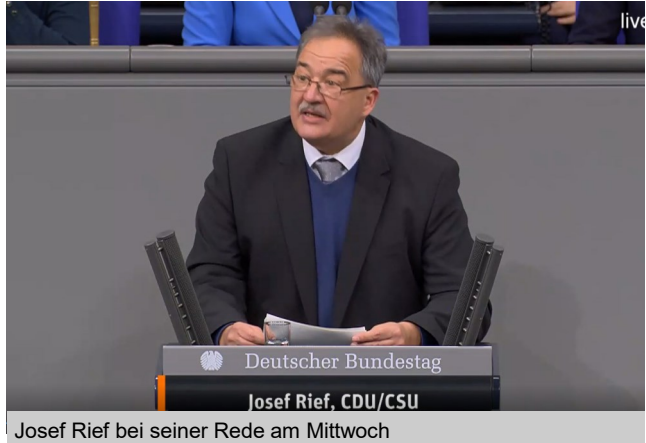


Ampel-Koalition kippt Agrardieselvergünstigungen für Landwirtschaft Debatte zum Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

Mit dem Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz werden die Kürzungen der Ampel-Koalition umgesetzt, die infolge des Karlsruher Urteils zum grundgesetzwidrigen Haushalt angekündigt worden waren. Neben der Erhöhung der Luftverkehrsteuer und den Änderungen beim Bürgergeld, die, wie von der Union lange gefordert, Job-Verweigerer stärker fordern soll, standen die Abschaffung der Agrardieselvergünstigung für Landwirte und die Kürzungen von Versteigerungserlösen für Windparks in Nord- und Ostsee im Vordergrund der Debatte am Mittwoch. Josef Rief bekräftigte dabei die Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion für die Forderungen der Landwirtinnen und Landwirte, die am Montag ihre Protestwoche beendet hatten.

Die Kürzung beim Agrardiesel müsse zurückgenom-



Josef Rief bei seiner Rede am Mittwoch

men werden. Auch die Kappung der Einnahmen aus den Wind-auf-See Versteigerungen um 536 Millionen und damit um 80 Prozent sei nicht hinnehm-

Seite 2

Bereinigungsitzung zum Haushalt 2024: Ampel kürzt weiter vor allem im Agrarretat, ohne bei eigenen Prestigeprojekten zu sparen

Da die Ampel-Koalition trotz des Karlsruher Urteils zur Verfassungswidrigkeit des Bundeshaushalts 2023, das Haushaltsverfahren nicht unterbrechen wollte, tagte der Haushaltsausschuss nun ein zweites Mal, um über den Haushalt 2024 abschließend zu entscheiden.

Das Ergebnis sind vor allem Belastungen für Bürger und Unternehmen in zweistelliger Milliardenhöhe: Erhöhung der Lkw-Maut, höherer CO2-Preis, Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas; Plastikabgabe und höhere Luftverkehrsteuer. Gleichzeitig sind die Sozialversicherungsbeiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung gestiegen

Bis zur letzten Minute hatte man gehofft, dass die Ampel noch zur Vernunft kommt und die 440 Mio. Euro Einsparung bei der Agrardieselvergünstigung stoppt. Nun ist klar, die Landwirte werden, wie befürchtet, weiter belastet. Eine solche Summe wäre angesichts



Guter Zusammenhalt unter den Unionshaushältern bei der Bereinigungsitzung im Donnerstagabend

der vielen Prestigeprojekte der Ampel, die so gut wie nicht von Kürzungen betroffen sind, leicht zu kompensieren gewesen. Die zuerst geplante und nach den Bauernprotesten zurückgenommene Abschaffung der Kfz-Steuervergünstigung müssen jetzt die Fischer

Seite 2

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1 Rede Haushaltsfinanzierungsgesetz

bar. Mit dem Geld sollten die Fischer unterstützt und neue Perspektiven geschaffen werden. Das alles stehe jetzt zur Disposition. Den Fischern werde mit 536 Millionen mehr weggenommen, als 2024 an Einnahmen durch die Kfz-Steuer für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu erwarten gewesen wären. Diese neuerlichen Kürzungen kämen zu den Belastungen der letzten zwei Jahre hinzu: Die Kürzung bei der Berufsgenossenschaft für Landwirte, das Kürzen der Bauernmilliarde für CO₂-mindernde Maschinen, die nicht fortgeführte Gewinnglättung, die Verringerung der Umsatzsteuerpauschale und die nationale einseitige Erhöhung der LKW-Maut sowie die Erhöhung der CO₂-Abgabe, die Landwirte zusätzlich treffe. Durch die Absenkung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz sei der ländliche Raum wieder der Verlierer. Es solle niemand vergessen: ohne Bauern keine Zukunft in Deutschland! Rief forderte die Bundesregierung auf, wie sogar auch von Bundesfinanzminister Christian Lindner auf der Bauerndemo am Montag angesprochen, über die Gewinnglättung für landwirtschaftliche Betriebe nachzu-

denken, die von der vorhergehenden unionsgeführten Bundesregierung eingeführt, von der Ampel aber nicht weitergeführt worden war. Ebenso habe Lindner sich dafür ausgesprochen, über die Flächenstilllegung von 4 % zu diskutieren. Er wünsche Linder dabei viel Erfolg beim Gespräch mit seinem Ministerkollegen Özdemir, der sich da bisher nicht bewegt.

Rief empfahl der Bundesregierung, die Verpflichtung für die Schweinehalter zu verschieben, bis 9. Februar verbindliche Planungen für den Stallumbau vorzulegen zu müssen sowie den Stopp des Verbots der Anbindehaltung. Beide Maßnahmen wären geeignet, um ohne zusätzliche Kosten etwas Sinnvolles für den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe zu tun. Die Union werde keinen Maßnahmen zustimmen, bei denen die Bauern die Rücknahme der Kürzungen bei der Kfz-Steuer durch eine Einsparung bei den Fischern indirekt selbst bezahlen. Das sei der eigentliche Skandal und nicht hinzunehmen. ■

Fortsetzung von Seite 1 Bereinigungssitzung

mit Einsparungen bei den Wind-auf-See-Versteigerungserlösen kompensieren. Man sieht wieder einmal die unkreative Haushaltspolitik der Ampel, die dort kürzt oder Abgaben erhöht, wo es die Menschen besonders stark betrifft, wie bei der CO₂-Abgabe. Es gibt im Haushalt 2024 viel Potenzial für Einsparungen, dann müssten allerdings die Koalitionspartner ihre eigenen Projekte kürzen. Man hat den Eindruck, dass es genau diese sind, welche die Ampel-Koalition aktuell noch zusammenhält. Das schadet unserem Land und ist nicht nachhaltig für eine positive Entwicklung. Das Haushaltsverfahren an sich setzt negative Maßstäbe in bis-

her nie dagewesener Form. Gleich vier Mal legt die Bundesregierung Änderungspakete vor, wovon das letzte erst einen Tag vor der 2. Bereinigungssitzung den Haushältern übermittelt wurde. Insgesamt mit den Anträgen der Koalitionsfraktionen rd. 1000 Änderungen. Das gesamte Haushaltskonstrukt ist so unsolid, dass man es hätte komplett neu aufsetzen müssen. Ein valides Zahlenwerk als Grundlage ist jedoch Fehlangelegenheit. Änderungen wurden im Tagesrhythmus vorgenommen. Das ganze Verfahren ist unseriös und ungeordnet und zeigt die Zerrissenheit innerhalb der Ampelkoalition. ■

Gespräch mit Familienbetrieben Land und Forst

Mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Familienbetriebe Land und Forst, Max von Elverfeldt sowie Geschäftsführer Leo von Stockhausen und Mitarbeiterin Bianca Lwowski sprach Josef Rief über die Herausforderungen für den ländlichen Raum und die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach der weiteren Kürzung des Agraretats durch die Ampel. Die Familienbetriebe Land und Forst vertreten die Interessen von rund 2.000 Betrieben, hinter denen 50.000 Familienmitglieder, Mitarbeiter und Eigentümer stehen. In Berlin findet gerade die Internationale Grüne Woche statt. Die Leistungsschau der Branche rückt auch die Agrarpolitik in den Mittelpunkt. ■

